

Nach-Mao-Ära bisher der mit Abstand am längsten in einer Provinz amtierende Parteisekretär. Maos Nachfolger in Hunan wurde Xiong Qingquan, bisher stellvertretender Parteisekretär und Gouverneur von Hunan. Maos Vorgängerin in Jiangxi, Frau Wan Shaofen, wurde nach Peking als stellvertretender Sekretär der KPCh-Führungsgruppe im Nationalen Gewerkschaftsverband versetzt. (RMRB, 29.4.88) -sch-

***(14)
Veränderungen an der Parteispitze von Anhui und Jilin**

Neuer Parteisekretär der Provinz Anhui wurde der bisherige stellvertretende Parteisekretär und Gouverneur Lu Rongjing (RMRB, 29.4.88). Der Posten des Provinzparteiheads von Anhui war freigeworden, weil Li Guixian auf der 1. Tagung des VII. NVK zum Präsidenten der Volksbank und Staatsratskommissar gewählt worden war.

Neuer Parteisekretär der Provinz Jilin wurde der bisherige stellvertretende Parteisekretär und Gouverneur He Zhukang. Der Posten des Provinzparteiheads von Jilin war freigeworden, weil Gao Di zum Vizepräsidenten der ZK-Parteischule ernannt worden war (ebenda). -sch-

***(15)
Neuer Bürgermeister von Shanghai**

Neuer Shanghaier Bürgermeister wurde der 60jährige Zhu Rongji, zuvor stellvertretender Vorsitzender der Zentralen Wirtschaftskommission. Der studierte Elektrotechniker war über 30 Jahre lang im Bereich der Wirtschaftsplanung tätig. 1957 war er als "rechtes Element" eingestuft und erst 1979 wieder voll rehabilitiert worden. Der IX. Volkskongreß der Stadt Shanghai wählte auf seiner 1. Tagung auch 7 stellvertretende Bürgermeister. (XNA, 28. und 29.4.88) -sch-

***(16)
Mao-Statuen der Universität Beijing demontiert**

Die beiden großen Mao-Statuen auf dem Gelände der Universität Beijing, die vor den Hauptgebäuden der alten und der neuen Universitätsbibliothek standen, sind in der Nacht vom 16. auf den 17. April 1988 demontiert und an ei-

nen unbekanntem Ort geschafft worden (Le Monde, 21.4.88). Die Universität Beijing, an der Mao Zedong in jungen Jahren einige Monate studiert und gearbeitet hatte und an der die Kulturrevolution begann, war wahrscheinlich die einzige Einheit in China, in der es gleich zwei Mao-Statuen gegeben hatte. Die zweite Statue war erst 1974 entstanden. -sch-

Kultur

***(17)
Kritik am Erziehungswesen**

Kürzlich ist von verschiedenen Seiten in China starke Kritik am gegenwärtigen Zustand des Erziehungswesens geübt worden. Studenten der Universität Beijing nahmen die 1. Tagung des VII. Nationalen Volkskongresses (25.3.-10.4.1988) zum Anlaß, um in Wandzeitungen die Bildungspolitik und die gegenwärtigen Zustände im Erziehungswesen anzuprangern. Außerdem ließen sie der gleichzeitig tagenden Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes den Brief eines Studenten überreichen, in dem ebenfalls auf die unzulängliche Situation im Erziehungswesen aufmerksam gemacht wird. Von offizieller Seite, so u.a. von Ministerpräsident Li Peng, wurde der Studentenprotest begrüßt (XNA, 9. u. 14.4.88), aber wohl nur, weil die Forderungen der Studenten nicht über das hinausgingen, was Delegierte des NVK und Mitglieder der Politischen Konsultativkonferenz ebenfalls gefordert hatten. Auch ein Sit-in mehrerer Studenten auf dem Tiananmen-Platz, bei dem die Forderung nach mehr Geld für das Erziehungswesen und nach besseren Lebensbedingungen für die Intellektuellen erhoben wurde, wurde gemeldet (XNA, 11.4.88).

Auch auf der Sitzung der Politischen Konsultativkonferenz fielen deutliche Worte. Vor allem Qian Jiaju, Mitglied des Ständigen Ausschusses der Politischen Konsultativkonferenz, übte scharfe Kritik. In der chinesischen Presse wurde diese allerdings nur sehr unvollständig wiedergegeben. Die *Beijinger Volkszeitung* z.B. brachte nur kurze Auszüge der harmloseren Äußerungen verschiedener Kritiker (vgl. RMRB, 16.4.88). Der volle

Wortlaut der Rede Qian Jiajus wurde jedoch in der Hongkonger *Wenhui Bao* vom 4.4.88 veröffentlicht (vgl. SWB, 14.4.88).

Qian wies vor allem auf die Diskrepanz zwischen den großen Worten, die Regierung und Partei hinsichtlich der strategischen Bedeutung des Erziehungswesens machten, und der tatsächlichen Situation hin. Der Hauptgrund für die Diskrepanz erkläre sich aus der Tatsache, daß die Regierungen aller Ebenen Investitionen im Erziehungswesen nicht als dringende Pflicht betrachteten, sondern Investitionen in der Wirtschaft immer den Vorrang gäben. Bei der Beurteilung der Leistungen einer Lokalregierung werde immer in erster Linie auf die wirtschaftlichen Erfolge geachtet. Und im Erziehungswesen selbst werde zumeist der Ausbildung hochqualifizierter Kräfte wie Wissenschaftler und Techniker die größte Aufmerksamkeit gewidmet, hingegen die Verbesserung der Qualität des Volkes, d.h. die Anhebung des allgemeinen Bildungsniveaus, vernachlässigt. Würde man diese Aufgabe ernst nehmen, so müßte man sich zuallererst um die Abschaffung des Analphabetentums und die Verbesserung des Niveaus der Grundschullehrer kümmern.

Der Zustand der Grundschulbildung sei tatsächlich höchst unbefriedigend. Obwohl seit der Verkündung des Gesetzes über die allgemeine Schulpflicht drei Jahre verstrichen seien, fehle es immer noch an den materiellen Voraussetzungen für die Einführung der allgemeinen Schulpflicht. Anstatt abzunehmen habe sich die Zahl der Analphabeten sogar noch etwas erhöht. Man solle endlich mit der Einführung der Schulpflicht ernst machen und nicht jedes Jahr von neuem das Schlagwort vom Kampf gegen das Analphabetentum rufen. Dazu gehöre auch, daß man den Status der Grundschullehrer merklich anhebe. Deren Gehälter seien immer noch die niedrigsten von allen Berufsgruppen; statt sie um 10 - 20% sollte man sie um 100 - 200% erhöhen.

Natürlich fehle es an finanziellen Mitteln, auch sei es eine Tatsache, daß die Ausgaben für das Erziehungswesen seit 1979 stetig erhöht worden sind. Dennoch gebe China immer noch unter 3% des Nationaleinkommens für das Erziehungswesen aus (1987 seien es 2,5% gewesen), die entwickelten Länder

hingegen 6-7%. Wenn man der Erziehung eine Position von strategischer Bedeutung beimesse, warum könne man dann nicht die Erziehungsausgaben um 100% erhöhen und andere Investitionen kürzen? Seit Jahren benutze man in China Schlagwörter wie "Respekt für die Lehrer" und "den Schwerpunkt auf die Erziehung legen", dennoch habe sich an dem desolaten Zustand des Erziehungswesens und dem niedrigen gesellschaftlichen Status der Grundschullehrer nichts geändert. Man müsse endlich handeln und nicht immer nur wohltonende Schlagwörter in den Mund nehmen.

Die Kritik ist gerechtfertigt. Sie spiegelt die tatsächlichen Probleme wider, unter denen die unzureichenden Finanzen das Hauptproblem sind. Die Verfügung der Regierung, daß die Erziehungsausgaben überproportional zu allen anderen Ausgaben wachsen sollen, kann längst nicht von allen Lokalregierungen eingehalten werden. In mehreren Kreisen der Provinz Hebei beispielsweise mußten die Mittel für die Erziehung drastisch gekürzt werden, teilweise über 10%, was den Schulbetrieb empfindlich beeinträchtigt. In einigen Orten können nicht einmal mehr die Gehälter der Lehrer gezahlt werden. Die Provinzregierung hat eine Untersuchung durch die Erziehungskommissionen und die Finanzbehörden angeordnet (GMRB, 13.4.88).

Angesichts der finanziellen Probleme sehen Partei und Regierung einen Ausweg darin, die Schulen aller Ebenen aufzufordern, alle möglichen Mittel und Wege zu suchen, zusätzlich Geld zu verdienen. Ob dies die richtige Methode ist, ist sehr fraglich, denn der Auftrag, kommerzielle Interessen zu entwickeln, muß notwendigerweise mit dem Bildungsauftrag kollidieren. -st-

***(18)**

Hochschulen sollen honorierte Dienstleistungen anbieten

Seit längerem sind die Hochschulen aufgerufen, ihre knappen Finanzen durch zusätzliche Einkünfte in Form von honorierten Dienstleistungen, die sie der Gesellschaft anbieten sollen, aufzubessern. Diese Politik stößt nicht nur auf Zustimmung, lenkt sie doch von den eigentlichen Aufgaben der Hochschulen ab. Die stellvertretenden Leiter der Staatlichen Erziehungs-

kommission He Dongchang und Liu Zhongde haben deshalb kürzlich vor Journalisten diese Politik gerechtfertigt und gutgeheißen. Durch Dienstleistungen hätten die Hochschulen ihre Einkünfte Schritt für Schritt steigern können. Um dies zu belegen, wurden auch Zahlen genannt: Die 36 der Staatlichen Erziehungskommission unterstehenden Hochschulen hätten sich 1986 insgesamt 505 Millionen Yuan dazuverdient, 1987 sogar 693 Millionen, das seien 72% bzw. 97% der staatlichen Fachmittel. Diese Gelder seien eine wichtige Ergänzung der staatlichen Mittel gewesen, man habe damit z.B. die Bedingungen für Lehre und Forschung verbessert und die Gehälter der Dozenten aufgebessert.

Die Politiker wiesen darauf hin, daß die Hochschulen bereits acht Jahre lang in dieser Hinsicht Erfahrungen gesammelt hätten, die sie als positiv bewerteten. So würden die Hochschulen durch die Dienstleistungen direkt zum wirtschaftlichen Aufbau beitragen, ihre Verbindungen mit der Gesellschaft würden gestärkt und damit die Reformen gefördert, und schließlich würden die Hochschulen selbst finanziell bessergestellt sein. Als Voraussetzung nannten sie allerdings auch, daß die Lehr- und Forschungsaufgaben der Hochschulen erfüllt würden. (RMRB, 17.4.88) Ob diese Voraussetzung immer gegeben ist, ist zumindest zu fragen. Die allgemeine Jagd nach dem Geld und das Bemessen des Erfolgs allein unter materiellen Gesichtspunkten macht auch vor den Universitäten nicht halt. -st-

***(19)**

Aufnahme von selbstzahlenden Studenten in allgemeine Hochschulen

Die Staatliche Erziehungskommission hat kürzlich eine Verfügung erlassen, nach der es den allgemeinen Universitäten und Hochschulen in diesem Jahr erlaubt ist, selbstzahlende Studenten aufzunehmen. Voraussetzung ist allerdings, daß alle auf staatliche Quote zum Studium zugelassenen Studenten aufgenommen sind. Soweit Bedarf besteht und es die Ausbildungskapazität der Hochschulen zuläßt, können dann zusätzlich selbstzahlende Studenten aufgenommen werden.

Auch diese Studenten müssen die staatlichen Aufnahmeprüfungen bestanden haben und gute moralische, intellektuelle und sportliche Qualitäten bzw. Fähigkeiten vorweisen. Die Studiengebühren sollen nicht niedriger sein als bei den staatlichen Studenten. Für Unterkunft muß ggf. extra bezahlt werden. Für die medizinische Versorgung müssen die selbstzahlenden Studenten allein aufkommen. Die selbstzahlenden Studenten können sich auch um Stipendien bewerben. Nach dem Examen müssen sich die Selbstzahler selbst um eine Stellung bewerben. Sie können aber auch von ihren Hochschulen an Einheiten empfohlen werden. (GMRB, 18.4.88)

Selbstzahlende Studenten durften zunächst nur an nichtstaatlichen Hochschulen studieren, bis dann mehrere allgemeine Hochschulen versuchsweise Selbstzahler aufnehmen durften. Bei der Neuregelung des Hochschulzugangs im April 1987 (vgl. C.a. 1987/4, Ü 29) war der Zugang von selbstzahlenden Studenten zu den allgemeinen Hochschulen auch schon vorgesehen. -st-

***(20)**

Keine Änderung der Politik, Studenten ins Ausland zu schicken

Kürzlich hat ein in der Staatlichen Erziehungskommission für Auslandsstudenten zuständiger Mitarbeiter in einem Interview bekräftigt, die Politik, Studenten zum Studium ins Ausland zu schicken, sei langfristig angelegt und werde auf keinen Fall geändert. Damit trat er Berichten ausländischer Journalisten entgegen, die behauptet hatten, China werde die Zahl seiner jährlich im Ausland studierenden Studenten drastisch reduzieren. An den im Juni 1987 veröffentlichten "Vorläufigen Bestimmungen für das Auslandsstudium" (vgl. C.a., 1987/6, Ü 24) habe sich nichts geändert. Danach gebe es für Studenten drei Möglichkeiten, im Ausland zu studieren: mit einem Stipendium der Regierung, über die Institution, an der der Student tätig ist, oder als Selbstzahler. Seit 1980 habe die Regierung pro Jahr durchschnittlich 3.000 Studenten ins Ausland geschickt, und auch in diesem Jahr würden es etwa ebensoviele sein. Auch die Zahl der von den verschiedenen Institutionen geschickten Studenten werde in diesem Jahr etwa das Niveau des Vorjahres, nämlich 4.000 behalten.

Über die Zahl der Selbstzahler lägen keine genauen Informationen vor, da weder die Regierung noch die Staatliche Erziehungskommission darüber eine Kontrolle hätten. Man schätze deren Zahl aber auf mindestens 3.000 pro Jahr.

Nach wie vor ginge der größte Anteil der Auslandsstudenten in die USA. In diesem Jahr würden 4.600 Studenten in die USA geschickt, davon seien 600 Regierungsstipendiaten, während 4.000 von ihren jeweiligen Einheiten entsandt und finanziert würden. Diese Zahlen entsprächen etwa denen des Jahres 1987, und auch in bezug auf die Selbstzahler werde sich hier nichts ändern. Es könne also keine Rede davon sein, daß die Regierung insbesondere in die USA weniger Studenten schicken wolle (RMRB, XNA, 6.4.88). Es sei ganz normal, daß der Staat Anpassungen vornehmen würde, denn die staatlicherseits entsandten Studenten würden nach dem Bedarf des Staates ausgesucht. So würde man beispielsweise jetzt hauptsächlich Studenten der angewandten Wissenschaften im Ausland studieren lassen, und hier in erster Linie fertige Wissenschaftler und Promovierte, weniger Studenten ohne Examen oder solche, die ihren Magister machen wollen. Eine dritte Anpassung betreffe die Verteilung der Auslandsstudenten auf die verschiedenen Länder. Hier wolle man die Kapazitäten der Länder besser ausnützen, in denen bisher relativ wenig Chinesen studieren. (Im Klartext heißt das, daß weniger Studenten in die USA geschickt werden sollen.) Auf diese Weise solle auch vermieden werden, daß sich zu viele Chinesen an einer Universität konzentrierten.

Der Sprecher äußerte sich auch zu dem heiklen Problem der Rückkehr der Auslandsstudenten. In den vergangenen neun Jahren habe China über 40.000 Studenten zum Studium in gut 70 Länder geschickt; von diesen seien bisher über 20.000 zurückgekehrt. Die Studenten seien planmäßig und entsprechend den Bedürfnissen Chinas ins Ausland geschickt worden, und es sei ihre Pflicht und Aufgabe, nach Beendigung ihrer Studien innerhalb der festgesetzten Frist nach Hause zurückzukehren und sich der Modernisierung des Vaterlandes zu widmen. Dies sei auch das gemeinsame Anliegen der überwiegenden Mehrheit der Studenten. Einige entwickelte Länder zeigten Verständnis für Chinas Position und seien in dieser Hinsicht kooperativ.

Es sei unbedingt erforderlich, so der Sprecher, daß den Auslandsstudenten eine Frist gesetzt würde, innerhalb derer sie in die Heimat zurückzukehren hätten. Dies bedeute keine Einschränkung, sondern liege im Interesse der entsendenden Institution, die für Ersatz zu sorgen habe, ebenso wie im Interesse der Studenten, damit sie ihr Studium fristgerecht abschließen. Die zeitliche Begrenzung des Auslandsstudiums gelte jedoch nicht für Selbstzahler. Im einzelnen richteten sich die Fristen nach den unterschiedlichen Studiensystemen in den jeweiligen Ländern und nach Erfahrungswerten. Für ein Doktorandenstudium in den USA beispielsweise sei eine Frist von fünf Jahren angesetzt, die nötigenfalls um ein Jahr verlängert werden könne. Die Praxis habe gezeigt, daß die meisten Studenten in der Lage seien, ihr Studium innerhalb der vorgeschriebenen Frist zu beenden. Wenn es zwingende Gründe für eine Verlängerung der Studiendauer gebe, könnten die Studenten einen Antrag auf Verlängerung stellen und die Genehmigung der entsendenden Einheit einholen. In diesem Zusammenhang erklärte der Sprecher, daß "postdoktorale Studien" nur gestattet würden, wenn sie in dem betr. Fach und für die entsendende Institution sinnvoll seien.

Zum Schluß nahm der Sprecher zu einem offenen Brief Stellung, den einige in den USA studierende Auslandsstudenten kürzlich verfaßt haben. In dem Brief hatten die Studenten die Einführung von Fristen kritisiert. Der Brief, so der Sprecher, sei offensichtlich ohne genaue Kenntnis der tatsächlichen Situation geschrieben worden und sei unpassend gewesen. Er hoffe sehr, daß die Studenten bei den Überlegungen hinsichtlich ihrer eigenen Entwicklung die Interessen des Staates an die erste Stelle stellten. (RMRB, 6.4.88)

Die Einführung von Fristen für die Studiendauer stößt bei den Auslandsstudenten auf heftige Kritik. Zwar waren Fristen auch in den "Vorläufigen Bestimmungen für das Auslandsstudium" vom Juni 1987 vorgesehen, doch scheint die Regierung die Fristen neuerdings ernster zu nehmen angesichts der geringen Rückkehrerquote. Bei den im westlichen Ausland Studierenden hat es sich eingebürgert, nach Erlangung des Doktorgrades noch "postdoktorale" Studien anzuhängen, um die Rückkehr zumindest hinauszuschieben. Dies wird jetzt nicht mehr ohne weiteres möglich sein. -st-

Außenwirtschaft

*(21) Auslandskredite für die Volksrepublik

Ende März 1987 bat die China Development Finance Comp., eine Tochtergesellschaft der Bank of China, Hongkonger Banken, einen Kredit in Höhe von 1,6 Mrd. HK\$ (205 Mio. US\$) mit einer Laufzeit von 10 Jahren zur Verfügung zu stellen. Die an diesem Konsortialkredit beteiligten Banken erklärten, die Kreditangebote hätten die Nachfrage übertroffen. In Hongkong wurde die Frage gestellt, was das Geheimnis der chinesischen Bank sei, wie sie es fertigbringe, daß ihre Kreditwünsche befriedigt würden? Die Antwort darauf lautet: "Furcht". Die meisten Banken wollen langfristige gute Beziehungen mit der Volksrepublik China im allgemeinen und mit der Bank of China im besonderen.

Alles was die Bank of China für diesen Kredit, der der günstigste jemals an Beijing vergebene Handelskredit ist, tun mußte, war, die Hongkonger Banken einander sich beflehen zu lassen. Die Bank of China holte ein Angebot einer Bank ein, bat sie zu warten und forderte dann andere Banken auf, bessere Konditionen zu bieten.

Der Konsortialkredit ist in drei Teile aufgespalten, der Zinssatz für alle Teile basiert jedoch auf HIBOR (Hongkong Interbank Offered Rate). HIBOR für Dreimonatskredite beträgt gegenwärtig ca. 4,5%.

500 Mio. HK\$ waren für japanische Banken reserviert, die Vorteil von einem chinesisch-japanischen Vertrag ziehen konnten, der die Steuern reduziert, die japanische Banken auf Zinseinkommen zahlen müssen. Obgleich die japanischen Banken nur eine Zinsrate von HIBOR plus 0,03125% erhalten, erhöhen die Steuereinsparungen die tatsächlichen Gewinne. Ein japanischer Bankier schätzte die Einnahmen auf HIBOR plus 0,9%. Dies sei attraktiv genug für japanische Banken.

Andere Banken werden 800 Mio. HK\$ zu einem Zinssatz von HIBOR plus 0,125% für die ersten fünf Jahre der Kreditlaufzeit zur